

Betreff: Ausbauen der erneuerbaren Energien – faire Chancen für Süddeutschland schaffen

Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages,

wir, die Gesellschaft für Alternative Ingenieurtechnische Anwendungen (GAIA) mbH, sind ein inhabergeführter Projektentwickler für erneuerbare Energien mit Sitz in Lambsheim, in Rheinland-Pfalz. Seit über 25 Jahren planen, entwickeln und realisieren wir Windenergie-, Photovoltaik-Freiflächen- und Batteriespeicherprojekte in Süddeutschland. Mit rund 75 Mitarbeitenden begleiten wir Projekte entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von der Standortentwicklung über Genehmigung und Bau bis hin zur Betriebsführung.

Unsere tägliche Praxis zeigt deutlich: Der **Ausbau der Windenergie in Süddeutschland** scheitert heute nicht an fehlenden Flächen oder unzureichender Investitionsbereitschaft. Vielmehr verhindern bestehende regulatorische Rahmenbedingungen einen bedarfsgerechten Ausbau. Gleichzeitig zählt die Region zu den **stärksten Industrie- und Wirtschaftsregionen Deutschlands** und steht für rund **35 Prozent des bundesweiten Stromverbrauchs**. Mit der zunehmenden Elektrifizierung von Industrie, Mobilität und Wärme wird der Bedarf weiter deutlich steigen. Geplante Änderungen im Zuge der EEG-Novelle 2027 könnten die bestehenden strukturellen Nachteile des Südens zusätzlich verstärken.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn der Ausbau erneuerbarer Energien durch verlässliche, beschleunigte und regional ausgewogene Rahmenbedingungen unterstützt wird. **Süddeutschland darf bei dieser Entwicklung nicht länger strukturell ins Hintertreffen geraten.**

Vor diesem Hintergrund hat GAIA einen Forderungskatalog mit **sieben zentralen Handlungsfeldern** erarbeitet, die aus unserer Sicht entscheidend für eine erfolgreiche Fortsetzung der Energiewende sind. Wir bitten Sie, diese Vorschläge bei den anstehenden Beratungen zur Weiterentwicklung des energiepolitischen Rahmens zu berücksichtigen. Ergänzend stellen wir Ihnen die Analyse „Windenergie in Baden-Württemberg – Warum der aktuelle Regulierungsrahmen den Ausbau im Süden verhindert“ (Caeli Wind, Mai 2026) zur Verfügung. Diese zeigt die Auswirkungen der aktuellen Ausschreibungssystematik auf den Windenergieausbau in Süddeutschland und ist über den **beigefügten QR-Code (siehe Hintergrundpapier, Seite 3)** abrufbar.

Für einen weiterführenden fachlichen Austausch stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Torsten Szielasko
- Geschäftsführer -

Positionspapier

Erneuerbare Energien entschlossen ausbauen – faire Chancen für Süddeutschland schaffen

Süddeutschland zählt zu den leistungsstärksten Industrie- und Wirtschaftsregionen Deutschlands und steht für rund **35 Prozent des bundesweiten Stromverbrauchs**. Mit der fortschreitenden Elektrifizierung von Industrie, Mobilität und Wärmeversorgung wird der Strombedarf in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen. Eine sichere, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung ist daher ein **zentraler Standortfaktor**.

Der **Ausbau der Windenergie in Süddeutschland** kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten – **derzeit wird hier nur 14 Prozent des deutschen Windstroms erzeugt**. Regional erzeugter Strom reduziert den Bedarf an weiträumigen Stromtransporten, entlastet die Übertragungsnetze, begrenzt den Netzausbaubedarf und stärkt die Versorgungssicherheit vor Ort.

Die aktuelle Legislaturperiode muss genutzt werden, um den Ausbau der erneuerbaren Energien entschlossen voranzutreiben. **Nur mit verlässlichen und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen lassen sich Versorgungssicherheit stärken, Stromkosten langfristig wettbewerbsfähig halten und die Transformation des Industriestandorts Deutschland erfolgreich gestalten.**

Aus unserer Sicht sind hierfür insbesondere die folgenden Maßnahmen erforderlich:

1. **Ausschreibungsvolumina deutlich anheben:** Die jährlichen Ausschreibungsvolumina für Wind an Land müssen auf mindestens 14.000 MW angehoben und durch eine einmalige Sonderausschreibung von 5.000 MW für bereits genehmigte Projekte ergänzt werden. Nur so kann der bestehende Projektüberhang abgebaut und der Ausbaupfad zuverlässig erreicht werden.
2. **Genehmigte Projekte schneller zur Umsetzung bringen:** Zwischen steigenden Genehmigungszahlen und der tatsächlichen Zuschlagsverteilung besteht insbesondere in Süddeutschland eine wachsende Lücke. Deshalb braucht es einen rechtlich abgesicherten Realisierungsmechanismus für bereits genehmigte Projekte, etwa durch regionale Zuschlagssegmente, Sonderausschreibungen und eine stärkere Berücksichtigung von Lastnähe, Versorgungssicherheit und Netzentlastung.
3. **Faire Wettbewerbsbedingungen für Süddeutschland.** Der Süden darf im Ausschreibungssystem nicht strukturell benachteiligt bleiben. Eine **wirksame Südquote** von 35 Prozent oder ein vergleichbares regionales Steuerungsinstrument muss sicherstellen, dass Projekte in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland reale Zuschlagschancen erhalten.
4. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen an die Realität anpassen:** Gestiegene Zinsen, höhere Investitionskosten und ein insgesamt anspruchsvolleres Marktumfeld verschlechtern die Wirtschaftlichkeit vieler Projekte erheblich. Deshalb müssen das **Referenzertragsmodell** und die Korrekturfaktoren so ausgestaltet werden, dass auch Projekte an windschwächeren Binnenstandorten wirtschaftlich tragfähig bleiben. Hierfür sollte der Korrekturfaktor auf mindestens 1,70 angehoben oder durch eine systemdienliche Förderkomponente ergänzt werden.

5. **Regionale Resilienz stärken:** Die geplanten Resilienzausschreibungen müssen einen verbindlichen regionalen Schwerpunkt erhalten. Mindestens 20 Prozent der entsprechenden Ausschreibungsmengen sollten Projekten in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland vorbehalten werden, um Versorgungssicherheit und Systemstabilität vor Ort zu stärken.
6. **Bau von Batteriespeichern regulatorisch erleichtern:** Speicher sind eine Grundvoraussetzung für ein klimaneutrales und stabiles Stromsystem. Sie helfen, Erzeugung und Verbrauch besser auszugleichen, Netzengpässe zu reduzieren und Abregelungen zu vermeiden. Dafür braucht es einfachere Genehmigungen, faire Anschlussbedingungen und einen regulatorischen Rahmen, der **Speicher als eigenständige systemdienliche Infrastruktur anerkennt**.
7. **Netzausbau, Netzanschlüsse und Redispatch-Regeln investitionsfreundlich gestalten:** Neue Redispatch-Regelungen dürfen nicht zu Investitionshemmnissen werden. Netzanschlüsse und Netzausbau müssen beschleunigt und planbarer ausgestaltet werden. Der vorgesehene Redispatch-Vorbehalt für erneuerbare Energien sollte gestrichen werden. Zudem dürfen Windparkbetreiber nicht an Netzinfrastrukturkosten beteiligt werden, da diese Aufgabe systemisch bei den Netzbetreibern liegt. Das Ziel muss sein, den Ausbau der Erneuerbaren mit netzdienlichen Lösungen zu begleiten.

Unsere politischen Kernforderungen

- **Die Ausschreibungsmengen sollen deutlich erhöht** und mehrjährig planbar ausgestaltet werden.
- **Genehmigte Projekte sollen durch rechtlich gesicherte Realisierungsmechanismen** schneller in die Umsetzung gebracht werden.
- **Die Südquote soll wirksam umgesetzt werden**, damit Süddeutschland faire Zuschlagschancen erhält.
- **Das Referenzertragsmodell soll angepasst werden**, um gestiegene Kosten und regionale Standortnachteile besser auszugleichen.
- **Die regionale Resilienz** soll durch einen verbindlichen regionalen Schwerpunkt gestärkt werden.
- **Der Bau von Batteriespeichern soll erleichtert** und regulatorisch systemdienlich verankert werden.
- **Netzausbau, Netzanschlüsse und Redispatch-Regeln** sollen investitionsfreundlich und regional bedarfsgerecht ausgestaltet werden, um die Versorgungssicherheit vor Ort zu stärken.

Fazit

Die Energiewende in Deutschland steht an einem **entscheidenden Wendepunkt**. Damit die Klimaziele erreicht, die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts erhalten bleiben, müssen die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent weiterentwickelt werden.

Die in diesem Positionspapier dargestellten Forderungen zielen darauf ab, bestehende strukturelle Hemmnisse zu beseitigen und einen verlässlichen, beschleunigten sowie regional ausgewogenen Ausbau insbesondere der Windenergie in Süddeutschland zu ermöglichen. Dabei steht nicht eine Einzelregion im Vordergrund, sondern die gesamtstaatliche Aufgabe einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung. Wir bitten die Entscheidungsträger im Bund, diese Vorschläge in die laufenden und künftigen Gesetzgebungsprozesse einzubeziehen und als Beitrag zur Weiterentwicklung eines zukunftsfähigen energiepolitischen Rahmens zu verstehen.

Hintergrundpapier zu den Forderungen

Für eine ausgewogene und resiliente Energiewende

Süddeutschland ist ein zentraler Wirtschaftsstandort mit hohem Energieverbrauch und verfügt zugleich über ein bislang nicht ausgeschöpftes Windpotenzial. Windenergie spielt auch in dieser Region eine wichtige Rolle für das Gelingen der Energiewende. Die Studie „Windenergie in Baden-Württemberg – Warum der aktuelle Regulierungsrahmen den Ausbau im Süden verhindert“ (Mai 2026) unterstreicht, dass die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen im Vergleich zu windstärkeren Regionen hohe Anforderungen an die Ausgestaltung des Energiesystems stellen. Die Studie ist über den beigefügten QR-Code auf Seite 3 abrufbar.

Das aktuelle Ausschreibungssystem orientiert sich stark an den günstigsten Erzeugungsstandorten und begünstigt damit windstarke Regionen. Dadurch werden systemisch sinnvolle, lastnahe Projekte in Süddeutschland teilweise benachteiligt, obwohl sie für ein stabiles Gesamtsystem notwendig sind.

Eine stärkere regionale Verteilung der Erzeugung kann den Bedarf an Netzausbau und weiträumigen Stromtransporten reduzieren und die Systemresilienz erhöhen. Ergänzend gewinnen Speicher und klare Netz- und Systemregeln an Bedeutung, um erneuerbare Energien zuverlässig zu integrieren.

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie der Ausbau der Windenergie so gestaltet werden kann, dass er sowohl wirtschaftlich effizient als auch regional ausgewogen ist und die Energiewende insgesamt unterstützt.

Herausforderung 1:

Unzureichendes Ausschreibungsvolumen gefährdet den Ausbaupfad

Das jährliche Ausschreibungsvolumen von 10.000 MW reicht nicht aus, um den bestehenden genehmigten Projektbestand abzudecken. In Süddeutschland besteht bereits ein erheblicher Projektüberhang in Höhe von rund 20.000 Megawatt, der unter den aktuellen Zuschlagsmechanismen nur unzureichend abgebaut wird. Baureife Projekte bleiben dadurch häufig ohne Realisierungschancen.

Forderung:

Anhebung des jährlichen Ausschreibungsvolumens für Wind an Land auf mindestens 14.000 MW sowie eine einmalige Sonderausschreibung von 5.000 MW im Jahr 2027, ausschließlich für bereits genehmigte Projekte.

Herausforderung 2:

Regionale Schiefelage zwischen Genehmigung und Realisierung

Zwar werden die ausgeschriebenen Mengen in den Windenergie-Onshore-Ausschreibungen regelmäßig vollständig bezuschlagt, dennoch besteht weiterhin eine strukturelle Diskrepanz zwischen der stark wachsenden Zahl genehmigter Projekte und der tatsächlichen regionalen Verteilung der Zuschläge.

Die Ausschreibungsrunden des Jahres 2025 zeigen eine deutliche Konzentration der Zuschläge auf windstarke norddeutsche Bundesländer, insbesondere Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Süddeutsche Bundesländer erhalten dagegen trotz steigender Genehmigungszahlen und zunehmender Projektpipeline lediglich einen unterproportionalen Anteil der Zuschläge. Dadurch entsteht kein kurzfristiger, sondern ein systemischer Investitionsstau: Genehmigte Projekte im Süden bleiben über mehrere Ausschreibungsrunden hinweg ohne Zuschlag und können trotz Baureife nicht realisiert werden.

Forderung:

Einführung im EEG eines rechtlich gesicherten Realisierungsmechanismus für bereits genehmigte Projekte in Süddeutschland, beispielsweise durch:

- zusätzliche Sonderausschreibungen mit 4.000 MW für bereits genehmigte und baureife Projekte zur beschleunigten Schließung bestehender Ausbaulücken,
- eine stärkere Berücksichtigung systemischer Kriterien wie Lastnähe, Versorgungssicherheit und Netzentlastung bei der Zuschlagsvergabe.

Herausforderung 3:

Marktmechanismus benachteiligt systemisch sinnvolle Standorte

Das aktuelle Ausschreibungsdesign setzt stark auf den reinen Stromgestehungspreis. Im Süden und Südwesten Deutschlands sind die durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten geringer als im Norden, während gleichzeitig die Erschließungs- und Fundamentierungskosten aufgrund der Topografie deutlich höher ausfallen als in norddeutschen Flachlagen. Das derzeitige Ausschreibungsdesign orientiert sich jedoch nahezu ausschließlich am günstigsten Strompreis und berücksichtigt die systemische Notwendigkeit einer regional ausgewogenen Erzeugungsstruktur nicht ausreichend.

Forderung:

Einführung einer temporären Südquote in Höhe von 35 Prozent des jährlichen Ausschreibungsvolumens für Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Herausforderung 4:

Vergütungssystem nicht ausreichend für Binnenlandprojekte

Der im EEG 2027-Entwurf vorgesehene Korrekturfaktor von 1,50 wird den wirtschaftlichen Anforderungen von Binnenlandprojekten nicht gerecht. Gleichzeitig wird eine vollständige Streichung des Korrekturfaktors diskutiert, was den wirtschaftlichen Betrieb von Windenergieprojekten im Binnenland faktisch unmöglich machen würde. Die Caeli-Wind-Studie (Mai 2026, S. 9) zeigt, dass Projekte in Baden-Württemberg unter der derzeitigen Vergütungssystematik in vielen Fällen nicht kostendeckend realisierbar sind; deshalb wird eine grundlegende Anpassung des Modells gefordert.

Forderung:

Anhebung des Korrekturfaktors auf mindestens 1,70 oder alternativ Einführung einer systemdienlichen Förderkomponente, die insbesondere die räumliche Nähe zu Verbrauchszentren sowie deren zeitliche Versorgungssicherheit finanziell berücksichtigt.

Herausforderung 5:

Fehlende regionale Ausrichtung bei Resilienzausschreibungen

Die im EEG 2027 vorgesehenen Resilienzausschreibungen sollen die Versorgungssicherheit erhöhen. Allerdings fehlt bislang eine regionale Differenzierung zugunsten von Süd- und Südwestdeutschland. Gerade diese Regionen sind in Dunkelflauten besonders auf lokale Erzeugung angewiesen, da Importstrukturen aus dem Norden allein keine ausreichende Versorgungssicherheit gewährleisten. Dadurch besteht die Gefahr, dass sich die bestehende Konzentration des Windenergieausbaus auf einzelne Regionen fortsetzt und bestehende Ausbaulücken in Süddeutschland nicht geschlossen werden.

Forderung:

Einführung verbindlicher regionaler Mindestquoten von 20 Prozent für Resilienzausschreibungen, ausschließlich für Projekte in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Herausforderung 6:

Unzureichende Systemintegration von Speichertechnologien

Der aktuelle EEG-Reformprozess (EEG 2027) enthält erste Ansätze zur stärkeren Systemintegration, adressiert aber die Rolle von Batteriespeichern in Kombination mit Wind- und Solarparks noch nicht einheitlich und umfassend.

Forderung:

Einführung eines vereinfachten Genehmigungsregimes für Hybridparks (Wind + Speicher), vollständige Befreiung von Abgaben sowie ein eigenständiges Ausschreibungssegment für systemdienliche Innovationsprojekte im EEG 2027.

Herausforderung 7:

Netzanschluss und Redispatch-Regelungen als Investitionshemmnis

Der Netzanschluss entwickelt sich zunehmend zu einem zentralen Engpass für die Umsetzung von Windenergieprojekten. Lange Wartezeiten, begrenzte Netzanschlusskapazitäten sowie eine zunehmende Überzeichnung von Netzanschlusspunkten führen dazu, dass selbst genehmigte Projekte nicht verlässlich realisiert werden können. Gleichzeitig schafft das geplante Netzpaket durch den vorgesehenen Redispatch-Vorbehalt zusätzliche Unsicherheiten hinsichtlich der Einspeiseverfügbarkeit. Ergänzend erhöhen vorgesehene Baukostenzuschüsse für Netzverstärkungen die Investitionskosten und verschlechtern die Wirtschaftlichkeit von Projekten weiter. Insgesamt entsteht dadurch ein erhöhtes Investitions- und Umsetzungsrisiko entlang der gesamten Netzanschlusskette.

Forderung:

- Streichung des Redispatch-Vorbehalts für erneuerbare Energien bis zur vollständigen Koordination des Netzausbaus sowie Ausschluss einer Beteiligung von Windparkbetreibern an Netzinfrastrukturkosten.
- Zusätzlich sind verbindliche und transparente Netzanschlusszusagen, eine priorisierte und diskriminierungsfreie Vergabe von Netzanschlusskapazitäten sowie Maßnahmen zur Vermeidung von Überbuchung bzw. Überzeichnung von Netzanschlusspunkten sicherzustellen.

Über den QR-Code gelangen Sie zur Studie:

Windenergie in Baden-Württemberg – Warum der aktuelle
Regulierungsrahmen den Ausbau im Süden verhindert.
(Caeli Wind, Mai 2026)

